

Versammlungen der kkK und der KBP verabschieden die Rechnungen 2014

Freiburg, 3. Mai 2015. Die **Versammlung der katholischen kirchlichen Körperschaft des Kantons Freiburg (kkK)** und die **Versammlung der Kasse für die Besoldung der Pfarreiseelsorger (KBP)** haben die **Rechnungen des Jahres 2014 genehmigt**. Die **Delegierten** trafen sich am **2. Mai im Pfarreisaal von Christ-König**.

Zu Beginn des Vormittags genehmigten die Delegierten die Rechnung 2014 der Kasse für die Besoldung der Pfarreiseelsorger (KBP), welche von Urs Jost als Zuständigem für die Finanzierung der Pfarreiseelsorger präsentiert wurde. Die Rechnung wies bei einem Gesamtumsatz von Fr. 12'897'275.95 Franken einen Gewinn von Fr. 178'441.45 auf.

Dieses positive Ergebnis lasse sich, so Urs Jost, vor allem darauf zurückführen, dass Pfarreien, bei denen ein Pfarrer noch im Amt ist, der gleichzeitig schon eine AHV- und eine BVG-Rente bezieht, der Kasse den vollen Priesterlohn bezahlen, während die Kasse nur einen Teil dieser Einnahmen aufwenden muss. Die Differenz ist dazu bestimmt, die Rente von betagten, nicht mehr im Dienst stehenden Priestern aufzubessern. Der Exekutivrat wies in seinem Bericht aber auch darauf hin, dass die Beteiligung der anderen Kantone an diesen Einkommensergänzungen für betagte Priester gestiegen sei.

Auf Vorschlag des Exekutivrats werden Fr. 175'000 Franken als Reserve für die Verminderung der Pfarreibeträge 2015 verwendet. Die restliche Summe, Fr. 3'441.45, wird zur Erhöhung der Eigenmittel genutzt. Darüber hinaus nahmen die Mitglieder der Versammlung den Geschäftsbericht des Exekutivrats für das Jahr 2014 an.

Mehr Transparenz

Im zweiten Teil des Vormittags genehmigten die Delegierten der katholischen kirchlichen Körperschaft (kkK) die Jahresrechnung 2014, die von Patrick Mayor, dem Zuständigen im Exekutivrat für die Finanzen, vorgestellt wurde. Die Rechnung 2014 der kkK schliesst mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 65'825.32 bei einem Gesamtumsatz von Fr. 10'121'389.33 ab. Die Versammlung hat den Betrag von Fr. 32'900 dem Fond für die Förderung der Pfarreizusammenschlüsse zugesprochen. Für die zukünftigen Räumlichkeiten des französischsprachigen Bischofsvikariats und der Verwaltung der kkK wurde ein Betrag von Fr. 7'000 als Reserve zurückgestellt. Dem Bistum wurde ein zusätzlicher Beitrag von Fr. 25'000 für das Jahr 2014 zugesprochen. Der Saldo von Fr. 925.32 wird zur Erhöhung der Eigenmittel verwendet.

Walter Buchs stellte im Bericht der Geschäftsprüfungskommission fest, dass einer der Gründe für dieses positive Resultat eine strengere Ausgabenkontrolle während des letzten Jahres sei. „Den Ressortverantwortlichen wurden in Etappen Zwischenstände vorgelegt, um die Ausgaben zu kontrollieren und allenfalls Anpassungen vorzunehmen“, so der Bericht der Geschäftsprüfungskommission. „Diese Bemühungen gehen selbstverständlich in die richtige Richtung“. Die Geschäftsprüfungskommission zeigte sich zuversichtlich, dass die zusätzlichen Bemühungen des Exekutivrats Früchte tragen und eine bessere Transparenz bezüglich der Rechnungen und der Kontrolle zukünftiger Budgets gewährleisten werden. „Dies wird uns schliesslich dabei helfen, die Kostenentwicklung der kkK besser im Griff zu behalten, während die pastoralen Fachstellen die entsprechenden Mittel zur Erfüllung ihres Auftrages erhalten“, so Walter Buchs.

Postulate von Berthold Rauber

Der Delegierte Berthold Rauber hatte eine Änderung der Artikel 67 bis 70 des Geschäftsreglements der Versammlung der kkK beantragt. Im Fall, dass es nur einen Kandidaten

Informationsstelle des Bischofsvikariates

für ein Amt gebe, schlug er eine stille Wahl vor. Ziel dieses Postulats ist die Vereinfachung der Wahlverfahren in der Versammlung der Delegierten – dies vor allem bei den Erneuerungswahlen aller Behörden der kantonalen kirchlichen Körperschaft, wenn für einen einzelnen Sitz nur eine einzige Kandidatur zur Verfügung steht. Der Exekutivrat betonte, dass der „Vorschlag Rauber“ nicht gegen die Demokratie verstosse. In seinem Bericht schlug er Exekutivrat aber vor, weiterhin die geheime Wahl für die Wahl des Präsidenten der Versammlung und des Präsidenten des Exekutivrates beizubehalten, auch wenn es nur einen Kandidaten gebe. Weiterhin betonte er, dass es dennoch sein könne, dass ein Teil der Mitglieder der Versammlung solche Wahlen einer „geheimen Wahl“ unterstellen möchte; in diesem Fall muss ihnen diese Möglichkeiten eingeräumt werden.

Im April 2014 reichte Berthold Rauber auch eine zweite Motion ein und beantragte, dass in den Sitzungsprotokollen der kirchlichen Versammlung nur noch die Beschlüsse zusammengefasst werden, statt wie bisher eine wörtliche Wiedergabe aller Beiträge. Damit soll gewährleistet sein, dass das Protokoll als Arbeitsinstrument einsetzbar ist und rasch zur Verfügung steht. Der Exekutivrat betonte dagegen, dass die wörtlichen Protokolle die Vollständigkeit aller Äusserungen in der Versammlung gewährleisten müssten. „Bei der Versammlung handelt es sich um ein Parlament, das über Reglementsentwürfe, Voranschläge und Jahresrechnungen sowie über andere wichtige Geschäfte debattiert, deren Beschlüsse auf objektiven Würdigungen der Mitglieder beruht, die es getreu zu Papier zu bringen gilt, da alle Beschlüsse angefochten werden können“, so der Bericht des Exekutivrates. Allerdings möchte der Exekutivrat auf die Bestrebungen um Verbesserung eingehen: Das Protokoll soll zukünftig innerhalb von 30 Tagen zugestellt werden und die für die Versammlung nicht relevanten Elemente werden vom Protokoll ausgenommen. Die Versammlung nahm die Berichte des Exekutivrates zu den beiden Postulaten von Berthold Rauber an. Es ist jetzt Aufgabe des Exekutivrates, formale Änderungen am Reglement zu den beiden Themen vorzuschlagen.

Einsparungen beim Budget 2016

Die Delegierten genehmigten den Geschäftsbericht des Exekutivrates für das Jahr 2014. Georges Emery, Präsident des Exekutivrats, unterstrich verschiedene Punkte des Geschäftsberichtes. „Der Exekutivrat will mit Hilfe von neuen Kontenplänen mehr Transparenz in der Buchführung der kantonalen Körperschaft erreichen. In Zusammenarbeit mit den Bischofsvikariaten werden zurzeit die pastoralen Bedürfnisse des Kantons geprüft, um dem Rückgang der Steuereinnahmen entsprechend zu begegnen.“ Georges Emery betonte, dass dieser Austausch schon Auswirkungen auf das Budget 2016 haben werde. Der Präsident des Exekutivrats stellte auch fest, dass viele Pfarreiräte während der Legislaturperiode zurücktreten. Daher möchte der Exekutivrat seine Hilfe bei den Fusionen der Pfarreien verstärken, die den Gemeindefusionen folgen dürften.

Weiterhin vereinbarten die Delegierten eine Veränderung bezüglich der Kompetenz des Exekutivrates im Hinblick auf die Ausgaben sowie die finanziellen und juristischen Geschäfte. Der Höchstbetrag für die Ausübung dieser Kompetenz wurde auf Fr. 50'000 Franken pro Jahr festgelegt.

Thérèse Julmy, Vertreterin für die Bewegungen, und Barbara Francey, Vertreterin der Laienseelsorger, wurden ebenfalls während der Versammlung vereidigt. Thérèse Julmy ersetzt Annette Wicht und Barbara Francey ersetzt Laurent Ernst.

Véronique Benz; Übersetzung: Christina Mönkehues

Weitere Informationen:

Georges Emery, Präsident des Exekutivrates der CEC,
Tel. 079 243 58 79,
georges.emery10@gmail.com